



Medienkonferenz Legislaturrichtlinien 2017-2020 vom Mittwoch, 28. Juni 2017

REFERAT VON STADTPRÄSIDENT ALEC VON GRAFFENRIED

EINLEITUNG ZU DEN LEGISLATURRICHTLINIEN 2017-2020

Es gilt das gesprochene Wort

Geschätzte Medienschaffende

Im Namen des Gemeinderates begrüsse ich Sie zur heutigen Medienkonferenz und bedanke mich für Ihr Interesse. Mit Ihrer Anwesenheit beweisen Sie, dass Sie sich beteiligen wollen an der Diskussion, wie sich die Stadt Bern weiter entwickeln soll und welche Ziele der Gemeinderat setzen soll, um das städtische und regionale Leben noch weiter zu verbessern. Für dieses Engagement, diese Bereitschaft zur Beteiligung, danke ich Ihnen schon jetzt bestens.

Wir leben in einer Zeit der rasenden Veränderung. Was gestern galt, ist heute anders. Disruptive Entwicklungen überraschen uns immer wieder neu. Das iPhone wurde gerade erst 10-jährig und ist aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Vor 30 Jahren haben Sie noch Telexmeldungen auf dem Ticker empfangen und von der Papierrolle abgerissen. Heute erreichen wir Sie am besten über Twitter. Instagram ist out, meine Kinder sind nur noch auf Snapchat. Ihre Eltern freuen sich vielleicht noch über die Entdeckung von Facebook. Die Veränderungen werden weitergehen. Vielleicht machen wir unsere Einzahlungen bald über Blockchain und der Zahlungsverkehr der Banken bricht weg. In Sion wurden bereits 20'000 Personen in selbstfahrenden Bussen befördert, vielleicht werden selbst gesteuerte Autos in 20 Jahren verboten und sind nur noch selbstfahrende Autos erlaubt. Im Internet of Things melden Kehrriecher, wenn sie voll sind und die Kanalisationsleitung meldet, wenn sie rinnt. Die Digitalisierung verändert unseren Familienalltag und unsere Berufswelt, aber auch unsere Quartiere und unsere Stadt. Aber auch unser Koordinatensystem ist verschoben. Wie sollte es auch

anders sein, wenn der amerikanische Präsident aus dem Weissen Haus Fake News twittert? Was ist richtig, was ist falsch?

Die Stadt Bern ändert sich wie der Rest der Welt, und sie wird sich auch in Zukunft verändern. Die Stadt Bern entwickelt sich und wächst weiter. Das Wachstum verändert die Quartiere und sorgt für Verunsicherung. Für den Gemeinderat ist es jedoch wichtig, dass die Menschen sich in diesen Veränderungsprozessen sicher fühlen. Sie sollen sicher sein, nicht zu den Verlierern zu gehören. Sie sollen sicher sein auch im wörtlichen Sinne: Wir wollen die Stadt so weiter bauen, dass öffentliche Räume zu jeder Tages- und Nachtzeit für alle sicher sind und sich sicher anfühlen. Unsere Bevölkerung soll sich aber auch sicher fühlen, bei der Gestaltung ihrer Stadt mitreden zu können. Das Motto lautet: Betroffene zu Beteiligten machen!

Bern ist die Stadt der Beteiligung. Unter dieses Leitmotiv stellt der Gemeinderat die Regierungsziele für die Legislatur 2017–2020. Menschen, die in Bern leben, sollen sich engagieren können und gehört werden, egal welcher Nationalität oder Bevölkerungsschicht sie angehören, welche Muttersprache sie sprechen oder welchen Schulabschluss sie vorweisen. Nicht nur gut organisierte und vernetzte Gruppen sollen in Bern mitreden, sondern jede Einwohnerin und jeder Einwohner soll die Möglichkeit haben, ein Teil des öffentlichen Lebens Berns zu sein. Beteiligung in all ihren Facetten und auf den verschiedenen Handlungsebenen stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl und schafft Vertrauen.

Wir wollen eine engagierte Bevölkerung, die sich einbringt und bei der Entwicklung unserer Stadt mitmacht. Die Verantwortung übernimmt. Das beginnt zuhause, in den eigenen vier Wänden. Verantwortung übernehmen heisst zuerst, Verantwortung für die eigene Wohnung übernehmen, sei es in der Stockwerkeigentümergeinschaft, in der Genossenschaft oder in einem Modell mit MieterInnenpartizipation. Das setzt sich fort in der Nachbarschaft. Im Quartier. Stadt der Beteiligung heisst: Nachbarschaften pflegen. Verbindlichkeit schaffen. Beziehungen ermöglichen. Soziale Netze knüpfen. Die Quartiere stärken.

Vieles davon wollen wir im öffentlichen Raum erreichen. Die Bernerinnen sollen dazu geführt werden, sich den öffentlichen Raum anzueignen. Aktivitäten im Freien anreisen. Einen Spielplatz gestalten. Verantwortung für einen Quartiertreff oder gar einen Quartierladen übernehmen.

Am Grad der Aneignungsfähigkeit des öffentlichen Raums können wir also messen, wie gut wir unseren Job machen. Machen wir diesen gut, heisst dies aber auch, dass soziale Entwicklungsprozesse in den Quartieren Einzug halten können.

Auch das Wachstum ist ein solches Thema: Wachstum oder eine umfassende Stadtentwicklung können Ängste auslösen, Widerstand wecken und Opposition hervorrufen. Mit dem Anspruch, eine Stadt der Beteiligungen zu sein, demonstriert der Gemeinderat, dass er eine Regierung für alle sein will, dass er alle Menschen einbeziehen und namentlich auch den Minderheiten eine Stimme geben will. Nur so ist es möglich, die bestehenden Grenzen zu überwinden und gemeinsam konstruktiv neue Wege zu gehen.

Deshalb «Stadt der Beteiligung». Wir wollen den Willen zur Beteiligung fördern und möglichst vielen Beteiligung ermöglichen. Ich bin überzeugt: Wenn die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Stadt die Möglichkeit sehen, sich zu engagieren und Dinge anzustossen, dann fühlen sie sich eher als ein Teil des Ganzen. Das Vertrauen in ihr Umfeld und in die Institutionen kann so gestärkt werden.

Dies gilt sowohl für Anliegen in der eigenen Wohnung im familiären Umfeld, in der Nachbarschaft und im Quartier, als auch für die gesamte Stadt in ihrem Kontext und Umfeld. Deshalb war es dem Gemeinderat wichtig, Ziele und Massnahmen zu definieren, die alle drei Ebenen betreffen: Individuum, Nachbarschaft, Quartier, ganze Stadt. Mit den zehn Legislaturzielen wollen wir das Individuum und die Familie fördern, die Nachbarschaft und die Quartiere stärken sowie die Stadt und die Region entwickeln. Die drei Ebenen stärken sich zusätzlich auch gegenseitig. Wenn sich Bernerinnen und Berner mehr Gedanken dazu machen, wie sie ihre individuelle Lebensweise nachhaltiger gestalten können, hat dies längerfristig Auswirkungen auf ihr Quartier und damit auch auf die gesamte Stadt. Und wenn der Gemeinderat beschliesst, auf gesamtstädtischer Ebene noch enger mit den umliegenden Gemeinden zusammen zu arbeiten, erschliessen sich unter Umständen für den einzelnen Einwohner, für die einzelne Bürgerin neue Möglichkeiten, sei es in der Mobilität, in der Bildung oder für ihr Freizeit.

Der Gemeinderat hat mit den neuen Legislaturzielen Schwerpunkte für seine Regierungstätigkeit gesetzt. Die Inhalte dazu basieren auf einer Vielzahl von bestehenden strategischen Dokumenten.

Diese Konzepte und Strategien stammen mehrheitlich aus der Stadtverwaltung, aber auch aus Institutionen wie der Regionalkonferenz Bern-Mittelland. Auf diesen längerfristigen Konzepten stützt sich die Verwaltung in ihrer täglichen Arbeit ab. Für die Legislaturrichtlinien wurden nun die Inhalte dieser strategischen Grundlagen verdichtet. Sie bilden die Leitplanken für die Legislaturziele und sind im zweiten Teil der Legislaturrichtlinien 2017-2020 zu finden. Die strategischen Grundlagen sind in zehn richtungsübergreifenden Politikbereichen gegliedert, zum Beispiel Mobilität und öffentlicher Raum oder Integration und Partizipation.

Mit den zehn Legislaturzielen will der Gemeinderat die Bevölkerung darin bestärken, ihre Stadt aktiv mit zu gestalten. Die Ziele sollen mit unterschiedlichen Massnahmen umgesetzt werden. Diese Massnahmen wurden immer auch mit Blick auf ihre Finanzierbarkeit erarbeitet. Wünschbar ist vieles. Finanzierbar ist hingegen nicht immer alles. Dem Gemeinderat ist ein gesunder Finanzhaushalt wichtig. Deshalb hatte er bei der Erarbeitung der Massnahmen stets auch die finanzpolitischen Grundsätze der Stadt vor Augen.

Nach dieser eher grundsätzlichen Einführung in die Motivation des Gemeinderats möchten wir Ihnen nun die zehn Legislaturziele näherbringen.

Legislaturziel 7: Mitbestimmung und Zusammenarbeit sind wichtige Pfeiler der Stadtberner Politik.

Legislaturziel 8: Die Stadt Bern ist mit der Wirtschaft, in der Region, im Kanton und schweizweit gut vernetzt.

Wie ich in meiner Einführung schon betont habe, ist es dem Gemeinderat wichtig, dass sich möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt für ihre Bedürfnisse und gemäss ihren Interessen politisch, beruflich oder sozial engagieren. Dieses Engagement geschieht oft auf freiwilliger Basis. Das Legislaturziel 7 «Mitbestimmung und Zusammenarbeit sind wichtige Pfeiler der Stadtberner Politik» ist deshalb auch ein Plädoyer für die Freiwilligenarbeit. Wer Freiwilligenarbeit leistet, soll sich anerkannt und getragen fühlen und mit sinnstiftenden Aktivitäten soziale Teilhabe erleben.

Nicht alle Menschen sind heute in der Situation, dass sie sich einmischen, mitreden und aktiv werden können. Um auch diese Menschen zu erreichen, will der Gemeinderat in den nächsten vier Jahren als eine Legislaturmassnahme auf innovative Partizipationsprozesse setzen. Dazu gehören zeitgemässe Informations- und Kommunikationstechnologien. Weiter werden Einbürgerungen gefördert und das Partizipationsreglement wird umgesetzt.

Die Stadt Bern ist Arbeitgeberin von rund 3900 Mitarbeitenden. Damit diese rascher informiert werden können, soll das verwaltungseigene Intranet als Informations- und Zusammenarbeitsplattform ausgebaut werden. Wie ich Ihnen eingangs dargelegt habe, werden viele Politikbereiche in der Verwaltung von unterschiedlichen Direktionen und Abteilungen bearbeitet. In Zukunft werden noch mehr Arbeiten zusammen mit Partnern wie Nachbargemeinden, der Hauptstadtregion Schweiz oder innerhalb von Gemeinschaftsprojekten wie der Zukunft Bahnhof Bern anfallen. Ein stärkeres Intranet soll deshalb auch das vernetzte Arbeiten mit externen Arbeitsgruppen erleichtern.

Denn Bern ist keine Insel und sie will auch keine solche sein, im Gegenteil. Die Stadt Bern will sich, so ein weiteres Legislaturziel, mit der Wirtschaft, in der Region, im Kanton und schweizweit gut vernetzen. Der Austausch mit den umliegenden Gemeinden soll intensiver werden. Zusammen mit ihnen und der Berner Wirtschaft will der Gemeinderat einen eigentlichen Masterplan erarbeiten, wie man Personen aus dem Sozialhilfe- und Asylbereich besser in den Arbeitsmarkt integrieren kann.

Die Stadt Bern will sich aber auch über die Region hinaus positionieren. Die Städte und Agglomerationen gilt es im Kanton und der Schweiz weiter zu stärken. Die bestehenden Netzwerke und Gefässe zur Interessensvertretung sollen deshalb noch aktiver genutzt werden.

Bern ist eine Gesundheits-, Bildungs-, Tourismus-, Kultur- und Sportstadt und als Hauptstadt vor allem das Politzentrum der Schweiz. Dem will der Gemeinderat speziell Rechnung tragen. Die Schweiz bietet mit ihrer Staatsform eindruckliche Möglichkeiten, sich einzubringen. Dies gelingt am besten mit Bürgerinnen und Bürgern, die informiert sind und einen Sinn darin sehen, sich einzubringen. Als Hauptstadt engagiert sich Bern für die politische Bildung. So kämpft die Stadt darum, das Polit-Forum Bern zu sichern und es als Kompetenzzentrum für Demokratie und Politik langfristig zu etablieren. Als Ort des Austausches und der Meinungsbildung ist es ein einzigartiges Format, um unterschiedliche Zielgruppen zu erreichen. Zusätzlich will sich der Gemeinderat in der politischen Bildung engagieren. Insbesondere die jungen Menschen sollen verstehen, wie sie sich engagieren können und was sie damit bewirken können.

Somit schliesst sich in meinen Augen ein Kreis. Bern ist die Stadt der Beteiligung. Ob im privaten Umfeld, im Quartier oder auf Stadtebene, das Engagement von Menschen in und für die Stadt macht Bern zu Bern. Einer unverwechselbaren Stadt mit grosser Lebensqualität, getragen vom Engagement von unzähligen Bernerinnen und Bernern.

Der Gemeinderat dankt Ihnen allen herzlich für Ihren Einsatz.